

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched-Konto: Hannover 57613 | Der Abonnementspreis beträgt durch Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig

Sched-Konto: Essen 24171 | Münzenpreis: Die gebengeschaltene Kolonialzelle oder deren Raum 100 Goldpfennig



Verantwortliche für das Jubiläum: Heinz Lümborg, Essen | Druck: H. Häusmann & Co., Bochum | Telefon-Kürmern: 88, 89, 90, 91 | Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Bismarckstrasse 38/42 | Telegramm: Arbeiterverband Bochum

Unserer Generalversammlung zum Gruß!

Endlich, nach langem, durch die Verhältnisse erzwungenen Hinwinken findet am 15. Juni und die folgenden Tage die 21. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt.

Der schwerste Kampf, den der Verband unter denkbar ungünstigen Verhältnissen je zu führen hatte, die Ausperrung im Ruhrgebiet, ist zu Ende. Sein Abschluß bedeutet einen Erfolg für die Bergarbeiterorganisationen, weil die Forderungen der Unternehmer in bezug auf den Inhalt des Tarifvertrags von ihnen nicht durchsetzt werden konnten. Noch wie vor besteht aber Kriegsgefahr im Ruhrgebiet, wie in ganzen deutschen Bergbau, neue schwere Auseinandersetzungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft kommen unvermeidlich! In Sachsen und Oberfranken tobten noch die Arbeitskämpfe, sie sind vielleicht noch nicht beigelegt, wenn unsere Generalversammlung beginnt.

Aufgabe der Generalversammlung ist es, Rücksicht zu halten, aus ihr zu lernen, Wege weisend für die Zukunft zu sein.

Mehr wie je ist das heute nötig. Wie war die Gewerkschaftsarbeit so wichtig, aber auch nie so schwer wie in dieser Zeit. Seit Jahren leidet das deutsche Volk unter dem Tross des Sieges im Weltkriege. Mein Berufstand ist schwerer, als der der Bergarbeiter. Es kostet jedes Jahr und Tag als eine Selbstverständlichkeit, daß der Betriebmann für seine schwere, gefährliche Arbeit bezahlt werden mußte wie nur der beste Facharbeiter in anderen Berufen und daß er eine Arbeitszeit haben müsse, die kürzer ist als in allen anderen Berufen. Da bezog auf die Arbeitszeit ist diesem Bergbau einige Jahre hindurch Rechnung getragen worden, seit jenseits Überarbeit erfolgte aus Rücksicht auf die Rote der deutschen Wirtschaft. Nicht gern haben die Verleute diese Überarbeit geleistet, nur unter dem Zwang der Umstände wachten sie diese Zugeständnisse in der Hoffnung, daß dies unbedeutende Fehler anerkannt würde durch Bevollmächtigung unanständiger Bezahlung und unanständiger Behandlung. Von dieser praktischen Anerkennung ihrer Fehler haben die deutschen Bergarbeiter wenig gewartet, im Gegenteil: die Unternehmer „dankten“ den Bergleuten durch eine Bezahlung, die fast immer erheblich niedriger blieb als in anderen Berufen. Die Unternehmerpreise schwelten über die „Faust“ der Bergleute. Regierungen wurden immer eifriger Helfer bei den Attentaten der Unternehmer auf Lohn und Arbeitszeit der Bergleute.

Die Jahre, die uns von der letzten Generalversammlung unseres Verbandes trennen, waren die tollsten in der deutschen Wirtschaft, die wir kennen. Ganz besonders gilt dies vom Jahre 1923, dem Jahre der Ruhrbesetzung und der wahnfinstigen Inflation. 7000 M. galt der Dollar am Jahresanfang, 1200 Milliarden Mark am Jahresende. Zunächst sank die Mark in diesem Jahre abwärts, immer schwieriger wurde es, das Arbeitseinkommen auch nur einzermachen mit den steigenden Preisen in Einklang zu halten. Über 30 Lohnperioden, über 30 verschiedene Löhne hatten die Bergleute 1923. Wenn hunderte neue Löhne festgesetzt waren, hatten sie morgen oder bei der Auszahlung nur noch einen Bruchteil Wert vom Abdrucklohn. 82 Goldpfennig betrug Anfang Februar der Durchschnittslohn der Ruhrbergleute, am 6. resp. 7. war er um diese Zeit in Aachen, 92 Pf. in Oberelsassen, 67, 68 Pf. in Niedersachsen, 62, 63 Pf. in Sachsen, 66, 69 Pf. in Niedersachsen, 75, 92 Pf. in Bayern, 76, 80 Pf. im rheinischen Braunkohlengebiet, 71, 81, 95 Pf. in Mitteldentland, 65 Pf. im Westerwald, 68-82 Pf. im Lahn- und Dillgebiet, 66, 71 Pf. im Saarbergbau und so ging es durch die kleinen Reviere bis zu 55 Goldpfennigen Schichtlohn. Am Jahresende stand der Durchschnittslohn an der Ruhr auf 4,62 M., in Aachen auf 5,66 M., in Oberelsassen auf 3,90 M. und so gings herunter bis auf 2,35 M. im bayerischen Steinkohlengebiet. Enorme Schwankungen der Goldlöhne, heute doppelt so hoch oder so niedrig wie gestern, taten das ihrige dazu, das Jahr 1923 zu einem Verzweiflungsjahr für die deutschen Bergleute zu machen.

Urgroß und all dieses Elends war der Krieg! Nicht die Revolution, nicht die demokratische Staatsform, nicht die „Faust“ der Bergleute waren schuld an diesem Elend. Deshalb gilt es aus der Entwicklung der Dinge zu lernen, daß es auch eine Aufgabe der Gewerkschaften ist, entsprechend ihrer internationalen Parole: Nie wieder Krieg!, zu arbeiten für wahre Völkerverständigung.

Die ursprüngliche Aufgabe der Gewerkschaften, die Beschränkung auf den rein gewerkschaftlichen Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, ist veraltet, überholt. Neue größere Aufgaben stehen vor ihnen. Neue Aufgaben in Wirt-

schaft und Staat stehen vor den Gewerkschaften. Schön jede Lohnverhandlung mit dem neuartigen Schlichtungsweisen zeigt dem Arbeiter, wie entscheidend der Staat eingreift in seine Lebensbedingungen. Autonomie Beobachtung der Dinge zeigt ihm, wie das, was man im bürgerlichen Jargon „die Wirtschaft“ nennt, wie die Kapitalmagnaten dabei sind, ihre Herrschaft über den Staat auszurichten. Mit welchem Erfolg dies geschieht, wie die Arbeiter darunter leiden, hat uns das Jahr 1923 gezeigt.

Um das, was für die Entwicklung der letzten Jahre bedeutsam war, die Allgemeinwissenschafter der Tarifverträge, um die Selbstverwaltung der Gewerkschaften, um die Mittelbildung der Arbeitnehmerkraft im Produktionsprozeß, haben sich im letzten halben Jahr leicht verschoben und noch verstärkt werden sollen.

Aus all den Errungen und Wirkungen unserer Zeit ist eins klar zu erkennen:

Das erwachte wirtschaftliche Periodischkeitsbewußtsein des arbeitenden Menschen ist bestechendes Merkmal unserer Zeit!



Was dagegen von den Kapitalisten und ihren Helferparteien in den Regierungen auch unternommen werden mag: Diese gesellschaftliche Notwendigkeit wird und muß sich durchsetzen! Das prophetische Wort von Karl Marx, daß die Gesellschaft nicht eher ihr Gleichgewicht finde, bis sie sich um die Sonne der Arbeit drehe, wird in unserem Zeitalter seine Erfüllung finden. Der Kapitalismus hat in kaum 100 Jahren eine Entwicklung durchlaufen, die vom einzigen individuellen Profitstreben, unter Niedertrümmerung aller ethischen Geiste zu höchstwideltem Klassenolidarismus der Kapitalistenklasse führte, wie er uns in den machtvollen Unternehmerverbänden, in Kartellen und Trusts entgegentritt. Diese Entwicklung mußte mit Notwendigkeit ihren Gegenwert erzeugen: Die moderne, klassenbewußte Organisation der Arbeiter. Langsam zunächst, dann immer rascher und machtvoller entwickelte sie sich. Erst ignoriert, dann verfolgt von der Regierung, erstickte sie immer mehr und mehr. Sie erreichte gewissermaßen ihren Höhepunkt, als die Gewerkschaften im Rapp-Witzel entschieden und eingriffen in die politische Gestaltung der Dinge in Deutschland, als sie in der Erkenntnis, daß dies für sie eine Lebensfrage sei, die Republik errichteten.

Wandels war nachdem an Rückschlägen zu verzeichnen, unheilvoll wirkte sich die radikale Ideologie aus, die glaubt, volkstümliche Methoden aus einem halb-barbarischen Land nach Deutschland übertragen zu können. Aber wenn auch die Linie der Entwicklung wellenförmiges Auf und Ab zeigt, je nach dem Stand der Wirtschaft, nach der Konjunktur, nach größerer oder minderer äußerer Bedrückung: Die Linie geht anwärts, trotz aller!

Furchtbar wurde die Ohnmacht der Gewerkschaften unter der Inflation, an der die Kapitalisten dick und fett wurden. Aber das letzte halbe Jahr seit Stabilisierung der Mark zeigt, daß die Gewerkschaften diese furchtbare Krise, die sie ja erlebten, überstanden und daß sie auf dem Wege sind, sich rasch zu erhöhen und rasch entscheidend Einfluß auf die Gestaltung von Wirtschaft und Staat wieder gewinnen werden. Daraus ändert auch nichts die Tatsache, daß am 4. Mai Millionen deutscher Arbeitnehmer aus Verzweiflung gewählt haben, wie sie nicht wählen sollten. Das erichwert unseren Kampf, macht ihn aber nicht aussichtslos.

An dem Zeichen dieser zukunftsichereren Hoffnungstreue steht nun unsere Generalversammlung.

Da ernster Kritik und Selbstkritik werden die Vertreter unserer Mitglieder die Verbandsarbeit der letzten Jahre urteilen. Sie werden Fehler finden, in der Form, dem Wirken der Organisation, aber sie werden, das sind wir gewiß, nicht ungerecht kritisieren, wo es sich um zwangsläufige Entwicklung handelt. Sie werden am Bau der Organisation bestehen, wo zu bestehen ist, geleitet einzigt und allein von dem Bestreben, die Gewerkschaft zu fördern für die Masse der Zukunft!

Politische und wirtschaftliche Reaktion, angeleitet durch den Druck, den die Kapitalisten auf die gesamte deutsche Wirtschaft ausübt, wird alles erfinden, bei diesen Lasten die Arbeitnehmerkraft zu drücken und die Kapitalisten zu schonen. Gleichzeitig und unverzagt wird dieser Druck auf die Arbeitnehmerkraft ausgeübt werden. Im Parlament wird zu außerordentlichen Mitteln in Wirtschaft und Politik werden, die Gewerkschaften haben gegen diese Bedrohungen zu reagieren. Dazu braucht sie mehr denn je eine aktive, kräftige, vor der Erfahrung und Arbeitsfreudigkeit der Mitglieder aktiver Organisations.

Weil uns dazu ned recht mehr unsere Generalversammlung in Dresden treten und aufzuhalten, damit wir es nutzen können zum Vater der Deutschen Bergarbeiterkraft.

Gut auf zur Arbeit in Dresden!

Die Tagesordnung der am Sonntag, den 15. Juli 1924 im Auditorium des Ausstellungspalastes in Dresden stattfindet

21. Generalversammlung
enthalt folgende Punkte:
1. Konstituierung der Generalversammlung.
2. Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung.
3. Geschäftsbericht für die Jahre 1921, 1922 und 1923:
 a) Allgemeine Verwaltung. (Berichterstatter: Husemann.)
 b) Sozialpolitische Fragen. (Berichterstatter: Mattheuer.)
 c) Sicherheit. (Berichterstatter: Bittner.)
4. Änderung des Verbandsstatuts. (Berichterstatter: Balle.)
5. Die Konzentration des Montals in der Montanindustrie. (Berichterstatter: Dr. Berger.)
6. Gewerkschaftliche Probleme in Begegnung und Zukunft. (Berichterstatter: Lümborg.)
7. Der nächste Gewerkschafts- und Parteiauale Betriebsvereinigung und Wahl der Delegierten.
8. Wahl des Vorstandes, der Redaktion und des Kontrollausschusses.
9. Beratung der noch nicht erledigten Anträge.
10. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Aus der Bergarbeiterinternationale.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes hielt am 1. und 2. Juni in Wien eine Sitzung ab. Vertreten waren: England, Frankreich, Belgien, Deutschland, Tschechoslowakei, Ungarn und Polen. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Bergarbeiterbundes. In dieser Konferenz wurden die Amerikaner Cook (England), Teardan (Belgien) und Broeck (Tschechoslowakei) delegiert. Diese drei Amerikaner wurden auch beauftragt, den Wiener Bergarbeiterbund auf dem Intern. Gewerkschaftstag in Wien zu vertreten.

Amerikaner Husemann berichtete dann über die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung seit der Sitzung in Brüssel am 21. Mai. Zum Anschluß daran berichteten die Vertreter der einzelnen Länder über die Schritte, die sie zur Unterstützung der deutschen Bergleute unternommen hatten. Es konnte festgestellt werden, daß alle Landesarbeitsorganisationen nach besten Kräften vertraten haben, die im Kampf stehenden deutschen Bergarbeiter moralisch, finanziell und durch sonstige Maßnahmen zu unterstützen und stark Amerikaner Husemann dafür den Dank des Verbandes aus.

Die Aussprache war sehr ausführlich und endete mit der einstimmigen Annahme nachstehender Entschließungen:

1. Nach Anhörung des deutschen Delegierten über die gegenwärtige Lage der deutschen Bergarbeiter, ihre Arbeitszeit und Löhne, fordert das Internationale Exekutivkomitee alle hier anwesenden Delegierten auf, bei ihren Regierungen Schritte zu unternehmen, damit die Wünsche der Bergarbeiterinternationale beim Abschluß der Reparationsabkommenleseverträge in Erwägung gezogen werden.

II. Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes hat sich erneut mit der Reparationsfrage beschäftigt. Es erneuerte seine früheren Beschlüsse über das Reparationsproblem in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, fügt aber hinzu, daß es der Ansicht ist, daß das Sachverständigungsausschuss eine neue Situation schafft. Es spricht den Wunsch aus, nach einer endgültigen Lösung, damit Europa von dieser Quelle dauernder Konflikte bereit sei.

Es spricht den Wunsch aus, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale eingesetzt wird, um in Übereinstimmung mit dem Sachverständigungsausschuss und im Geiste seiner früheren Beschlüsse eine Lösung herbeizuführen.

Das Komitee beschäftigt sich dann mit den Vorbereitungen zum Internationalen Bergarbeiterkongress in Prag. Der Kongress findet vom 4. bis 8. August 1924 statt und wird folgende Tagesordnung festlegen:
1. Bericht des Exekutivkomitees (Tejardin, Belgien); 2. Die Arbeitszeit (Cook, England); 3. Lohnverträge (Delattre, Belgien); 4. Ferien (Adam, Polen); 5. Sicherheit der Gruben (Broeck, Tschechoslowakei); 6. Pensionen und Sozialversicherung (Panjal, Frankreich); 7. Internationale Verteilung des Kohles (Godes, England); 8. Internationale Aktion (Husemann, Deutschland); 9. Kampf gegen die Kriegsgefahr (Quentin, Frankreich); 10. Wahl des Exekutivkomitees und des Ortes für den nächsten Kongress.

Die von den einzelnen Landesarbeitsorganisationen gestellten Anträge werden dem Kongress bei den einzelnen Tagesordnungspunkten vorgelegt.

Das Exekutivkomitee wird, wenn nicht eine frühere Einberufung wegen der Lage im Bergbau und der Reparationsfrage notwendig ist, seine nächste Sitzung am 2. August in Prag abhalten.

Die sozialpolitischen Kämpfe der Bergarbeiter.

Es wittert immer noch!

Der Schlachtfeld des Ruhrkampfes.

Der gewaltige Kampf im Ruhrbergbau ist von der Bergarbeiterchaft gegen die geschlossenen Feinde worden, wie er begann. Trotz einer geradezu widerwärtigen Propaganda der kommunistischen Kapitalherrscher wurden die Parolen der Verbände einmütig befolgt. Die ganze Täglichkeit des kommunistischen Staatskommunismus zeigte sich in der Tat, dass in dem von der RPD beherrschten Bezirk Oberhausen-Duisburg der prozentuale Anteil der jenen am ersten Tage wiederentzährenden Belegschaftsmitglieder der größte des ganzen Ruhrgebiets war.

Am 1. Juni fanden an zwölf Orten im Aachener Bezirkstonnenuntersuchungen unseres Verbandes statt, die von etwa 3000 bis 1000 Funktionären besucht waren. Fast einstimmig wurde auf diesen Konferenzen die T. d. des Verbandes genehmigt und der Organisationsleiter das Vertrauen ausgesprochen. Damit erlebte sich auch das von der kommunistischen Presse verbreitete Märchen, dass sich die Funktionäre mit Entrüstung gegen den "Punkt" der "Bonzen" gewandt und die Verbandsräte in die Ede geworfen hätten.

Doch nach einer solchen Bewegung nicht sofort der ganze Produktionsapparat reibungslos weiterlaufen kann, ist ersichtlich. In Bruch gegangene Stellen machen Reinigungsarbeiten erforderlich. Um vielen Zielen müssen Reparaturarbeiten ausgeführt werden, ehe die volle Belegschaft wieder anfangen kommt.

Augerordentlich zu bedauern ist jedoch, dass die Unternehmer auch nach Beendigung des Konflikts weitere Differenzen geplant haben. So streitet man jetzt um die weitere Anerkennung der gewählten Betriebsräte. Längst die ausgewählten Maßnahmen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses galten, betrachten die Unternehmer alle Bergläute als neu angelegt und damit auch die Betriebsräte nicht als zu Recht bestehend. Unsere Organisationsleitung hat sich sofort an den Reichsarbeitsminister gewandt, der telegraphisch antwortete, dass er den Standpunkt der Arbeitnehmer teile, wonach die Betriebsräte noch als im Amt befindlich zu betrachten seien. Unsere Organisationsleitung wird sich ebenfalls wie möglich auch hier eine klare Entscheidung herbeiführen.

Der Bergarbeiterkampf ist in Ehren aus diesem Standpunkt hervorgegangen. Wir werden nicht auf den Vorwürfen des erungenen Erfolgs austreten, sondern Tag für Tag am weiteren Ausbau der Organisation wirken, denn es ist der Gesichts eherens Wuns, dass sich die Verteilung der Arbeiterschaft nicht im ständigen Kampf und im täglichen Betriebe zur Verteidigung der gewonnenen Positionen vollziehen kann.

Die Lage im Wurmbergbau.

Am 21. April kündigen die Bergarbeiterorganisationen das Nebenarbeitsabkommen für den Aachener Steinkohlenbergbau sowie auch für den Braunkohlenbergbau und forderten eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent. Bei den Verhandlungen wollten die Arbeitgeber im Steinkohlenbergbau eine Aufbesserung von 10 Prozent bewilligen, jedoch sollte die bisherige Nebenarbeit zwei Monate, also bis Ende Juli, weiter geleistet werden. Eine Einigung zwischen den Parteien kam nicht zu stande. Der daraufhin am 10. Mai gefasste Schiedsspruch wurde von den Bergarbeiterorganisationen abgelehnt. Auf Antrag der Arbeitgeber wurde der Schiedsspruch vom Arbeitsminister am 2. Mai für rechtsgültig erklärt. Durch die Rechtsverbindlichkeitserklärung erlangte der am 10. Mai gefasste Schiedsspruch am 1. Juni Rechtskraft, während das von den Bergarbeiterorganisationen gefundene Übereinkommen am 31. Mai abstieß. Nach diesem Schiedsspruch erhalten die Arbeiter ab 1. Mai eine Lohnaufbesserung von 15 Prozent nachgezahlt. Die Nebentage-Schwerarbeiter erhalten zu diesen 15 Prozent noch weis-

tere 10 Prozent, ebenfalls vom 1. Mai ab. Die bisherige Arbeitszeit wird bis Ende Juli beibehalten. Das Abkommen kann mit 14-tägiger Kündigungsfrist gelöscht werden.

Dass der Kämpf mit diesen für verbindlich erklärten Schiedssprüchen nicht zufrieden sein kann, wird jeder begreiflich finden, der die miserablen Lohnverhältnisse im Aachener Bergbau kennt. Es zeigt von einer besonderen Seite der gewerkschaftlichen Arbeit im Wurmbergbau, wenn die auf diese Bezeichnungsstimmung angelegten Generalstreikparolen der Kommunisten Fiasco erlitten. Die Erbitterung der Bergarbeiter kam am 2. Juni zum Ausdruck, als der neue Schiedsspruch, der an diesem Tage Rechtskraft erlangte, eingeführt werden sollte. Auf der Zeche Eichweiler Reserve verlangte die Belegschaft vor der Einfahrt von der Verwaltung die schriftliche Erklärung, dass die Belegschaft nach Ablauf der im Tarif festgelegten Arbeitszeit austreten könne. Als die Verwaltung diese Erklärung nicht geben wollte, verweigerte die gesamte Frühstück die Anfahrt. Auf stark Friedlich, Lauterweg, Voerath, Goulen fuhr die gesamte Frühstück nach der tatsächlichen Arbeitszeit (7 Stunden) geschlossen aus. Auf den übrigen Werken war die Zahl der protestierenden Bergarbeiter geringer. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass die Arbeiter mit der langen Arbeitszeit einverstanden sind. Die Bergarbeiter im Aachener Bezirk wissen, dass zurzeit an einen erfolgreichen Kampf gegen die verlängerte Arbeitszeit nicht zu denken ist. Sie haben jedoch durch ihren Prolet am 2. Juni zu erkennen gegeben, dass sie nicht gewillt sind, sich die alte Kriegsarbeitszeit ohne weiteres aufzugeben.

Die Bergarbeiter werden ihre Straße wieder füllen, und wenn bessere Voraussetzungen gegeben sind, mit voller Kraft das verlorene Gelände zurückerobern.

• •

Die Lage im sächsischen Bergbau.

Die Situation im sächsischen Steinkohlenbergbau hat sich nicht wesentlich verändert. Noch immer stehen die Belegschaften hinter dem Beischlag der Konferenz von Hohenstein. Die Zahl der Arbeitswilligen ist nach wie vor sehr gering. Am Rückzug Reserve sind die wenigen Arbeitswilligen, die bisher auf die Rechen gingen, von der Arbeit geblieben. Streiksoßen werden nicht gestellt, irgendeine Kontrolle auf den Werkstätten wird nicht ausgeübt. Den Siedlungswägen, welche die Werke bereitstellen, wird keine Gelegenheit zum Eingreifen gegeben.

Die Bergarbeiter werden ihre berechtigten Forderungen mit aller Energie weiter vertreten. Die Frage der Wiedereinsetzung und einer angemessenen Lohnaufbesserung müssen unabdingbar erledigt werden, wenn es wieder zu gerechten Arbeit im sächsischen Bergbau kommen soll.

Der Kampf in Oberschlesien.

Im oberösterreichischen Bergbau läuft sich vorläufig noch keine Lösung der bisher verworrenen Situation feststellen. Die Unternehmer beharren auf ihrem Herrenstandpunkt. Alle Bemühungen des Oberregierungsrats Dr. Brandes, den Konflikte durch ein Schlichtungsverfahren zu beenden, sind an dem Sturzunfall des Unterkomites gescheitert, die nicht einmal über die Rettungsfahrt verhindern wollen.

Beunruhigt wird diese Unternehmertat durch das geradezu irrsinnige Geharen der Unionisten und Kommunisten, die in diesem Kampfe mit ihrem Präzisionsgeschmeiß eine große Verwirrung in die Reihen der kämpfenden Bergarbeiter getragen haben. Es ist zu befürchten, dass die Bergarbeiterkraft noch schwerer an den Folgen dieser moskowitischen Wahnsinnsstatut zu tragen hat.

Das Jahrbuch 1923.

Der Geschäftsbericht unseres Verbandes für 1923.

Noch vor Staufinden der 21. Generalversammlung in Dresden konnte der Vorstand einen umfassenden Bericht der Tätigkeiten unserer Funktionäre im Jahre 1923 fertigstellen und denselben im Jahrbuch für 1923 allen Delegierten, Funktionären und Mitgliedern zur Einsichtnahme vorlegen.

Das Jahrbuch versucht die umfangreiche Arbeit, die während des verlorenen Inflationsjahres von unserem Organisationsapparat geleistet wurde, in möglichst drägnanter Form zusammenzufassen. Neben der Darstellung einer Reihe interessanter, den Bergbau betreibender Wirtschaftsfaktoren mit Zahlen- und Tabellenmaterial, wird eine Übersicht über das weite Gebiet der gerade im sozialpolitischen Katastrophenjahr 1923 stark in den Hintergrund getretene sozialpolitischen Fragen aller Schattierungen gegeben. Auf 125 Seiten wird der Versuch gemacht, in dichtgedrängter Reihenfolge einen Überblick über den breiten Fragenkomplex der Tarifvereinbarungen, Lohnbewegungen und Streiks zu schaffen. Dieser Überblick löst ins Bewusstsein treten, welch ein umgebauter Platz von Arbeitskraft die auftretende Tätigkeit der Lohn- und Tarifverhandlungen im Jahre 1923 von unseren Organisationsverbänden gefordert hat. Mit der Vereinbarung über den Verlust der Betriebsabstimmung der Wähne und der wöchentlichen Zahlung beginnt dieses Kapitel. Es widelt sich noch einmal das Bild des Sündhaftkampfes unserer Organisation gegen die Inflationserhebungen des Jahres 1923 ab. Eine ausgezeichnete tabellarische Zusammenstellung und Umrechnung der im Jahre 1923 verdienten Löhne zeigt, dass das Einkommen der Bergarbeiter in dem ungeheuren Zahlenmaß der Inflation bis an die äußerste Grenze der physischen Ertragsmöglichkeit gefallen war. Tatsächlich der Durchschnittslohn für die Zeit vom 1. bis 11. Februar im Ruhrgebiet, nach dem damaligen Tollar-Kurs umgerechnet, auf 0,22 Mark, für die Zeit vom 12. bis 31. Januar in Sachsen auf 0,70 Mark, in Niedersachsen auf 0,59 Mark, für die Zeit vom 1. bis 14. Oktober im Thüringer Schieferbergbau auf 0,28 Mark und im nordbayerischen Schieferbergbau auf 0,16 Mark. So steht.

Die Urkunft der wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1923 hat auch ihren Rückblick im Kostenbericht gefunden. Nur durch Anwendung der größten Sparmaßnahmen und sinnvollen Vereinigung kann der Betrieb in Effizienz und Sachgütern vor dem finanziellen Zusammenbruch zu bewahren. Zeitweise konnte an die in Verbandsdiensten noch verbleibenden Angestellten nur der dritte Teil dessen an Gehalt gezahlt werden, was unsere Kameraden auf der Grube verdienten. Der Haushaltssaldo der Haushalte balanziert in der Einnahme und Ausgabe mit 245.811.900.706.556.33.93 Papiermark. Diese phantastische Summe aus der Inflationszeit schrumpft zusammen auf einen Goldmarkt von 245.811.900 Mark. Die Reimogenübersicht am 31. Januar 1924 ergibt mit dem Bestand der Bezirksstellen von 1.712.79 M. einen Wert von 2.035.055.70 Goldmark.

Die strömende Entwicklung des Jahres 1923 konnte natürlich auch auf unsere Mitgliederbewegung nicht ohne Einfluss bleiben. Geldentwertung, Verschlechterung der Wirtschaftslage, därfige Stilllegung des Ruhrbetriebs, verunglückte Streiks und Pausen im Ruhrbetrieb, in Niedersachsen, Sachsen und Württemberg brachten es mit sich, dass keine Aufwärtsentwicklung einzutreten konnte. Zugleich es trotz dieser ungünstigen Verhältnisse viele Funktionäre nicht haben an Wertheit fehlen lassen, bewiesen 1.744 Konsumenten und Konsumentinnen. Im Jahre durchschnittlich betrug der Kaufpreisindex 372.634 gegenüber 422.172 im Jahre 1922. Die entscheidende Einwirkung der katastrophalen deutschen Verhältnisse im Jahre 1923 auf unsere Mitgliederbewegung zeigt das Beispiel des außerhalb dieses Kaufabschlusses gelegenen Saarbetriebs. In diesem Bereich vermochten unsere Funktionäre die Zahl der Mitglieder von 35.762 zu Anfang des Jahres 1923 auf 39.920 am Ende desselben Jahres zu steigern.

Jetzt denn je hält der Kern unserer Funktionäre der Organisation die Treue. klar und eindeutig steht deshalb vor uns die Gewissheit, dass keine Macht der Erde uns zu Boden zwingen kann. Tausend Widerstände zum Trotz wurde das Gerüste unserer Organisation aufrecht erhalten. Durch das dunkle Jahr 1923 haben wir die Fahnen unserer Hoffnung, unseres unerschütterlichen Glaubens an den endlichen Sieg unserer Sache getragen.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

Der Verkauf auf dem Dortmund-Ems-Kanal

ging im Jahre 1923 infolge der Ruhrbesetzung enorm zurück. 1913 wurden insgesamt (zu Berg und zu Tal) 12 Millionen Tonnen Güter befördert. Von 1919 an waren es 1.43, 1.84, 2.41, 2.70 und 1.48 Millionen Tonnen im 1923.

Die Vorschriften gelten für alle Unfälle, die sich nach dem 30. April 1921 ereigneten mit der Maßgabe, dass bei der Berechnung der Verhältnisse auch die vor dem 1. Mai bezogenen Entgelte nach der bestimmten Dreitagsgrenze, also 1800 M., was darüber ist zu einem Drittel, berücksichtigt werden.

Für die Umrechnung des in Reichswährung bezogenen Entgelts ist der am Tage der Gültigkeit gültige, vom Reichsminister der Finanzen bestimmte Goldkurseinsatz maßgebend. Das Reichsversicherungsamt kann für einzelne Monate durchschnittliche Umrechnungsfälle bestimmen. Als Umrechnungsfall gilt für den Monat Mai 1923 der Betrag von 12.000 M., für Juni 10.000 M., für Juli 12.000 M., für August 12.000 M.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Gesundung auch in Berlin.

Auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Berlin stimmten bei der Wahl der Ortsverwaltung vor ca. 100 Delegierten nur 67 Kommunisten gegen die bisherige Leitung, so dass diese "Minister-dame" mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt wurde.

Snowjew gegen Losowksi.

Noch im Januar sagte Losowksi, der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale und australische Beauftragter der Spaltungsräte, dass eben in Deutschland schließlich nichts anderes übrig bleibe, als einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einzuberufen und neue, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. In Moskau erklärte er auf einer Versammlung: "Die Einberufung dieses Kongresses bedeutet zweitens die Spaltung, die in gegebenen Verhältnissen unvermeidlich ist."

Dieser Lösung getroffen nahmen dann die Kommunisten in Deutschland tatsächlich den Kriegsfall für den Monat Mai in Aussicht.

Bald fuhr aber die Ereignisse der kommunistischen Internationale, d. h. der Moskauer Oberhaupt der Sowjetunion, dazwischen und verlangte vom Parteitag der RPD in einem Brief, dass er sich bereit erkläre, auf die sofortige Einberufung eines Kongresses der Opposition zu verzichten. Die kann aus der Tatsache gehoben radikal verfügt der Tarif, den sie in Aussicht der nächsten Moskauer Deputation an den Tag legte, nämlich ausgeschlossen. Snowjew entdeckte den Tarif für ordentliche Gewerkschaften und sagte: Wenn ihr verkehrt, sofern parallel Gewerkschaften unter Herausziehung formlose Gewerkschaftenorganisationen nur zu schaffen, so werdet ihr ein Rüddelndmadel bekommen... Es würdet eher Gewerkschaftsgewerkschaften, was aber Gewerkschaften arbeitender Genossen sein.

Zum einen haben nun die Kommunisten in Deutschland den Kriegsfall für den Monat Mai in Aussicht. Und die Gewerkschaften, die wie nun auch Snowjew herausgefunden hat, die gefordert haben, nicht die revolutionären, sondern die unabhängigen Elemente, bestensfalls Gewerkschaftsrevolutionäre seien.

Und die Gründe für diesen Frontwechsel und dieses Eintritt in die Gewerkschaften, die wie nun auch Snowjew herausgefunden hat, die gefordert haben, nicht die Gewerkschaften, sondern um das Sowjet der Kommunistischen Partei!

Und zweitens sollen keine parallelen Gewerkschaften gestanden werden, weil am Tag nach der Bildung derselben die Massen an euch (die Kommunisten), die Forderung stellen werden, erfolgreich wirtschaftliche Kämpfe zu führen. Sofern diese Kämpfe bei der jetzigen Wirtschaftslage in Deutschland mit zu schaffen werden könnten, gibt Snowjew vorwichtig zu, es ist die zugestandenen Gewerkschaften tatsächlich gegen Parallelgewerkschaften, weil es mich, dass sie doch nichts ausrichten könnten. Er findet es deshalb besser, die Zäuche auf sich bewenden zu lassen und weiter auf die "Reformen" zu schimpfen.

Internationale Rundschau.

Die Kämpfe im ungarischen Bergbau.

Der Bergarbeiterkampf in Ungarn, der am 7. Mai in ähnlichen Verhältnissen wie der Kämpf der Bergarbeiter in Bozen und anderen Teilen des Reichs angetreten ist, dauert noch weiter. Am 9. Mai haben sich die Bergarbeiter in Bozen und anderen Teilen des Reichs angeschlossen. Zu einem allgemeinen Bergarbeiterkampf kam es aber noch nicht, da die Betriebsräte vieler kleinerer Betriebe die Forderungen der Bergarbeiter ohne Streik, zum Teil nach kurzer Arbeitseinstellung, bewilligten. Am Streik sind noch ca. 25 Betriebe mit 30.000 Arbeitern beteiligt. Die Forderung der Bergarbeiter besteht in einer Lohnaufbesserung von 10 Prozent, die ungerichtet auf den Gesamtverdienst, nur 1 Prozent ausmacht. Den Unternehmern geht es aber um die Sicherung des Arbeitsmarktes. In den Gruben von Dorog und Ullspotvorw wurde am 15. Mai angeordnet, dass die Bergarbeiter von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends mit einer dreistündigen Mittagspause arbeiten. Durch einen Gewerbedirektor wurde für die Erhaltung gebracht, dass die Unternehmer verlangen, die Bergarbeiter sollen eine Stunde länger arbeiten.

Betriebsstilllegungen in Rußland.

Ein unerwarteter Teil des russischen industriellen Betriebe liegt gegenwärtig still, da nach den Rücklagen der Nationalisierungsbewegung die Sowjetregierung weder Mittel noch die nötigen Kräfte besitzt, um die Produktion selbstständig zu organisieren. Die stillliegende Industrie verschlingt nicht wenig Mittel, die in einem besondern Gas unter der Rubrik "Konservierte Betriebe" angegeben werden. In der Sowjetzeit wird mitgeteilt, dass die Zahl dieser Betriebe sich gegenwärtig auf 357 beläuft. Haben sich allein 1919, nach den einzelnen Industriezweigen verteilen sich die stillliegenden Betriebe wie folgt: Textilindustrie 42, holzbearbeitende Industrie 21, Öl mühlen 29, chemische Industrie 19, Spiritusbrennerei 119, Bergbau 79, Erdölindustrie 7, Tabakfabriken 6, Druckereien 3 usw. Leider wird in der Sowjetzeit nicht mitgeteilt, wieviel die Stilllegung dieser zahlreichen Betriebe dem bettlärmigen russischen Staat kostet.

Knappschaftliches.

Vorstandsversammlung der Wurmknapschaft.

Der Vorsitzende der Aachener Knapschaft hatte für Dienstag, den 13. Mai, eine Versammlung des Vorstandes mit folgender Tagesordnung einberufen: 1. Festlegung des Grundlohnes und der Beiträge zur Krankenfalle. 2. Sonstiges.

Der Punkt 1 der Tagesordnung hatte den Vorstand schon in den vorausgegangenen Versammlungen beschäftigt. Die Versicherungsvertreter hatten beantragt, den Grundlohn zur Berechnung des Krankengeldes auf 5.700 M. festzulegen, während die Arbeitgebervertreter einen solchen von nur 1.200 M. zugeteilt wollten. Es musste daher die Rücksichtnahme vor Entcheidung angerufen werden. Diese hat durch Schreiben vom 25. April unter Bezugnahme auf die §§ 180, 60 RWD. und auf § 3 der Verordnung vom 20. Februar 1921 die Festlegung des Grundlohnes an den Vorstand zurückgewiesen. Die Versicherungsvertreter beantragten, unter Berücksichtigung des Schiedsspruches vom 10. Mai 1921 den Grundlohn auf 5.700 M. festzulegen. Die Herren Arbeitgeber machten geltend, dass der bisherige Grundlohn viel zu hoch sei, was in der erstaunlich hohen Krankenfalle zum Ausdruck käme. Die Spanne zwischen Arbeitslohn und Krankengeld sei so gering, dass die Arbeiter bei Krankheit fast genauso viel Lohn haben, als wenn sie arbeiten. Die Versicherungsvertreter wiesen die Ansichten der Arbeitgeber zurück. Der Grundlohn wurde auf 4.800 M. festgesetzt und der Beitrag zur Krankenfalle auf 3 Prozent. Es beträgt somit ab 1. Mai 1924 der Grundlohn zur Berechnung des täglichen Krankengeldes: in Klasse I 0,70 M., der monatliche Beitrag 0,77 M., in Klasse II 1,30 M., Beitrag 1,37 M., in Klasse III 2,10 M., Beitrag 2,10 M., in Klasse IV 2,90 M., Beitrag 3,93 M., in Klasse VI 4,80 M., Beitrag 5,04 M.

Unter Punkt II wurde die Krankengeldauszahlung besprochen. Einen Antrag der Versicherungsvertreter, das Krankengeld an den bisherigen Stellen, aber mindestens dreimal monatlich zu zahlen, wosollen die Arbeitgeber auf seine Durchführbarkeit prüfen.

Die Erweiterung des Krankenhauses in Bardenberg bezw. der Auflauf eines Hauses in Aachen fand keine Zustimmung.

Sieg bei den niederschlesischen Knapschaftswahlen.

Am 25. Mai haben im Bereich der Niederschlesischen Knapschaft die Wahlen abgehalten stattgefunden. Schon nach Einreichung der Vorwahlstimmen

Auf zur Altestenwahl!

Der Tag der Wahl naht schon heran.
Herbei zur Urne Mann für Mann!
Heute heißt es: Klar sein zum Gefecht!
Es gilt den Kampf fürs Knappentrecht!

Wir haben die Verhältniswahl,
Nun gilt erst recht der Stimmen Zahl.
Drum muntern alle Lauen auf,
Dann siegen wir, dazu Glück auf!

Zu den Wahlgruppen, in denen keine Wahl stattfand, gehört auch das Neuröder Revier, in dem der christliche Gewerbeverein seit Jahr und Tag bereits einen Sekretär, aber wenig Mitglieder hat. Die Nichtausstellung von Vorschlagslisten im Neuröder Revier beweist, daß der christliche Gewerbeverein nach wie vor im Neuröder Unterbezirk einflusslos geblieben ist.

Im engeren Waldenburg-Bezirk waren noch 5 Altesten zu wählen. Die Christen und Örtliche hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt, da sie von vornherein wußten, daß sie einzeln das geistliche Fünftel der abzugebenden Stimmen nicht erhalten würden.

Trotz eines noch am Tage vor der Wahl in später Stunde herausgegebenen Auflages, das gegen unseren Verband von böswilligen Beobachtern strotzte und von den Christen und Örtlichen gemeinsam unterdrückt wurde, erhielten die Christen und Örtliche zusammen ganze 7 Stimme. Auch diese 7 Stimme wurden sie bei bessere Wahlbereitstellung, die im Durchschnitt 30-40 Prozent betrug, nicht erhalten haben. Die Einheit eines Teiles unserer Mitglieder hat also den Christen und Örtlichen zu einer Mandatszahl verholfen, die, wenn sie auch an sich niedrig ist, ihrer tatsächlichen Mitgliederstärke, an den reichen Gewerbeschäften gemessen, nicht entspricht.

Eine große Anzahl von ausgewanderten niederschlesischen Namen, die im Aufkrieg und anderen Revier. u. halten noch heute als treue Mitglieder und wichtige Funktionäre zu unserem Verband. Es durfte für sie von Interesse sein, die einzelnen Wahlzahlen in ihren fehlenden Gewerbezonen zu erfahren.

Im der Sprengelwahlgruppe 1 umfassend die Knappentschuldigung Waldenburg I und II, Neu-Waldenburg, Waldenburg-Stadtpart, Über-Waldenburg I und II) erhielt die Liste unseres Verbandes 1126, die Einheitsliste der Christen und Örtliche 365 Stimmen.

In der Sprengelwahlgruppe 2 (umfassend die Knappentschuldigung Altwasser 1, 2, 3 und 4, Seitendorf, Sandberg, Freiburg und Zittau) wurden 1110 Stimmen für den Verband und 337 für die vereinigten Örtlichen und Christen abgegeben.

Tittelsbach 1, 2 und 3, Rottengrund und Neu-Graudorf, die die Sprengelwahlgruppe 3 bildeten, gaben 1071 Stimmen für den Verband und 211 für die Einheitsliste ab.

Die Knappentschuldigungsgrenze Hermsdorf 1, 2, 3 und 4 und Ober-Hermsdorf bildeten die Sprengelwahlgruppe 4 und erhielt dort den Verband 125 die gegenüberliegende Liste 319 Stimmen.

Die Sprengelwahlgruppe 5 wurde gebildet aus den Knappentschuldigungsgrenzen: Weißheim 1, 2 und 3, Neu-Salzbrunn, Hartau, Staudorf, Alt-Staudorf und Ober-Salzbrunn. Dort liegen ihre Verbandsstimmen 251 gegenüber.

In Zellhamm 1, 2 und 3, Alt-Lassia, Gottesberg 1, 2 und 3 (Sprengelwahlgruppe 6) konnten die Christen 365 Stimmen auf ihre Einheitsliste erhalten, während der Verband 145 Stimmen bekam.

Die Sprengelwahlgruppe 7 wurde gebildet aus den Knappentschuldigungsgrenzen: Wüstegiersdorf, Charlottenzinn, Steingrund, Panitzschdorf, Friedlind und Reichenbach 751 freigewählte Stimmen zu den 215 christlichen gegenüber.

In der Sprengelwahlgruppe 8, gebildet aus den Knappentschuldigungsgrenzen: Rothenbach 1 und 2, Wittendorf, Schwarzwoldau, Rontschwaldau, Landesamt, Hartau-Horst und Alberndorf (Alt-Vardesdorf), verfügte die Liste des Verbandes 1099 Stimmen auf sich, während die Liste der Christen und Örtlichen 251 Stimmen fielen.

Im engeren Waldenburg-Revier liegen also 1317 abgegebene Stimmen zu 1065 Stimmen des Verbandes gegenüber.

Die Christen und Örtliche erhielten in den Knappentschuldigungsgrenzen Waldenburg 2, Altwasser 1, Tittelsbach 2, Hermsdorf 3, Weißheim 1, Zellhamm 3 und Wittendorf 3 weitere

Von 10 Knappentschuldigungsgrenzen gehören nunmehr 5 unserem Verband an. In die übrigen 15 Altestenmandate haben sich die Christen mit 7 und einige kleinere Sprengel mit 11 Stimmen. In den genannten 11 Sprengeln wurden weder von den Christen noch von uns Vorschläge gemacht, da es sich dort um winzig kleine Braunkohlen- und Erzgebiete handelt, die zum Teil nur 10 bis 120 Betriebsmitglieder haben.

Die ordentliche Bergerversammlung des Niederschlesischen Knappentschuldigungsgrenzen wird aus 21 Knappentschuldigungsgrenzen und 3 Angestelltenvertretern treten zusammengelegt. Von den Versicherungsvertretern in der Bezirksversammlung erhält der Verband 14, die freigewählte Einheitsliste der Angestellten 3 Stimme.

Die zukünftige Bergerversammlung des Niederschlesischen Knappentschuldigungsgrenzen wird also unter 21 Versicherungsvertretern 22 freigewählte Arbeitnehmer und Angestellte haben.

Unser Verband bleibt also auch in Zukunft in Niederschlesien führend. Trotz alter Verdächtigungen und der unsatten Kampfweise der Christen und Örtlichen hat die niederschlesische Bergarbeiterkraft am 25. Mai den bisherigen Verbandsältesten ein Vertrauensvotum ausgestellt, auf das der Verband mit seiner Altestenholz kein Einfluss hat.

Unter Verband bleibt also auch in Zukunft in Niederschlesien führend. Trotz alter Verdächtigungen und der unsatten Kampfweise der Christen und Örtlichen hat die niederschlesische Bergarbeiterkraft am 25. Mai den bisherigen Verbandsältesten ein Vertrauensvotum ausgestellt, auf das der Verband mit seiner Altestenholz kein Einfluss hat.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Gesellenkirchen I. Am 20. Mai starb eins unserer altesten Mitglieder, der Kamerad Heinrich Sammel im Alter von fast 72 Jahren. Seit 1898 gehörte er dem Verband an. Ein gut Teil der Zeit seines mühseligen Lebens hat er freudig und rücksichtslos als Funktionär in Sturm und Drang der Organisation gearbeitet. Bis ins hohe Alter stand er immer an erster Stelle voran. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Horch (Bezirk Helmstedt). Bei den Folgen eines Unglücksfalls starb unser Mitglied, der Kamerad Walter Jiehöhn im Krankenhaus zu Helmstedt. Mit ihm sinkt ein ehriger Verfechter unserer Sache ins Grab. Ehre seinem Andenken!

Verbandsjubiläen.

Altenessen II. Kamerad Anton Bitting war am 1. Juni 25 Jahre Verbandsmitglied. Als Funktionär hat er lange Zeit seine Pflicht und Schuldigkeit getan.

Gesellenkirchen I. Am 1. Juni feierte der Kamerad Peter Vöbler sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Als Konsistor und Agitator hat er seine Kraft in den Dienst der um die Verbesserung ihrer Bedingungen kämpfenden Bergarbeiter gesetzt.

Braud. Die Kameraden Aug. Schirmacher, Paul Münker und Heinrich Paul feiern ihr 25jähriges Verbandsjubiläum. Sie haben stets ihre Pflicht für die Organisation getan.

Gutsch-Niederreinisch. Kamerad Robert Rehig wirkt seit über 26 Jahren an hervorragender Stelle. Lange Zeit war er Vertrauensmann und Hauptkonsistor unserer Zahlstelle.

Katernberg. Der Kamerad Karl Heinz ist seit etwa 35 Jahren Mitglied des Verbandes und seit dem 1. Januar 1905 Knappentschuldigungsleiter und hat seine Pflicht immer vorbildlich erfüllt. Kamerad Gottlieb Hullay wurde im November 1894 Mitglied und übt seit 20 Jahren bis zum heutigen Tage noch Funktionärsdienste als Zeitungsbote für den Verband aus. Vier Jahre wirkte er als Betriebsausschüssemitglied. Der jüngeren Generation sollen diese beiden Kämpfen als Vorbild dienen.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Das Explosionsunglist auf Ver. Wiendahlshausen. Der Bericht des Oberbergamts Dortmund.

Das Oberbergamt in Dortmund teilt zu der Meldung über die Explosion auf der Zeche Ver. Wiendahlshausen in der Nacht vom 10. zum 11. April d. J. noch ergänzend mit:

Die Ursache der Explosion muß nach den amtlichen Feststellungen in zwei Sprengschüssen in der Höhe des Flusses Kreftenscheer gesehen

werden. Als Sprengstoff wurde ein Wettersprengstoff benutzt, der sich entgegen den bisherigen Erfahrungen als nicht genügend sicher gegen Kohlenstaub erwies und infolgedessen eine Kohlenstauberexplosion hervorrief. In Zukunft wird der Sprengstoff nicht mehr als Wettersicherheits-Sprengstoff verwendet.

Die bei der Bergung der vier getöteten Bergleute verunglückten zwei Rettungsleute gerieten sehr wahrscheinlich in Steinnot, befreiten sich von den Mundstücken der Gasstrahlgeräte und atmeten so die tödbringenden giftigen Gase der Explosion ein.

Weitere Verluste als die gefürchtete sechs Männer sind nicht eingetreten.

* *

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen hätte, wenn kein Kohlenstaub vorhanden gewesen wäre. Man wird weiter annehmen dürfen, daß vorhandener Kohlenstaub zu seiner Explosion geführt hätte, wenn der Sprengstoff sich nicht verändert hätte. Beide Faktoren zusammen wären die Ursachen des Unglücks.

Nachdem die Untersuchung über die Ursachen des bei Unglücks abgeschlossen ist, dürften sich aus dem Fall selbst einige Lehren ergeben, um für die Zukunft solchen Gefahren vorzubeugen. Die Untersuchung hat jedenfalls ergeben: 1. Der verwendete Sprengstoff hatte nicht mehr die Sicherheit, die er bei seiner behördlichen Zulassung als Wettersprengstoff aufgewiesen hatte. Der Sprengstoff hatte sich also verändert. 2. Der in dem fraglichen Flöz als ungesäßlich angesehene Kohlenstaub war in Wirklichkeit nicht ungesäßlich, er explodierte. Man darf annehmen, daß dieser in Wirklichkeit gefährliche Sprengstoff keine Kohlenstauberexplosion hervorgerufen



hervorragend bewährt bei:
Gicht, Grippe,
Rheuma, Nerven- und
Schw. Kopfschmerzen.
Jogaï stellt die Schmerzen und scheidet die Harnjäure aus.
Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich.
Best. 04,3% Acid acet. salic., 040% Chl. 12,6% Lith. ad 100 Amyl.

Meine Seele singt

Preis 15 Pf. Gesammelte Gedichte Preis 15 Pf.
von Victor Kalinowski
Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str.

Nordhäuser Lerche der Kautabak des Feinschmeckers



aus der
Fabrik F. C. Lerche
G.m.b.H.
NORDHAUSEN

Gegründet 1827 Vertreter gesucht

Bleichsoda

ist in jedem Konsumverein erhältlich

GROSSEINKAUFSGESELLSCHAFT
DEUTSCHER CONSUMVEREINE
M.B.H., HAMBURG 1 / SEIFENFABRIK DÜSSELDORF

Empfehlenswerte und billige Schriften unserer Verbandsbuchhandlung (nur für Verbandsmitglieder):

Arbeiterversicherung, ihre Entstehung und Entwicklung	0,25	Mazepa: Der Bolchewismus und die russische Okkupation der Ukraine	0,40
Belli: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz (gebunden)	0,90	Malinowsky: Gewerkschaften und Jugendbewegung	0,30
Bernstein: Lassalle, eine Würdigung des Lehrers u. Kämpfers (Baldleder)	7,00	Marx: Sozialarbeit und Kapital	0,30
Beyer: Rienhardseconomie (gebunden)	2,50	Marx: Bohn, Preis und Profit	0,30
Conrady: Die Rheinländer in der Franzosenzeit (Baldleinchen)	2,75	Nöllenburg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik. Drei Bände	1,50
Diederich: Von unten auf! Ein neues Buch der Freiheit (Baldleinchen)	2,50	Nörlpelt: Aus der Betriebsrätepraxis I-II	2,00
Dr. Olga Effig: Die Berufsschule	0,30	Protokolle der Verbands-Generalversammlungen	0,75
Dr. Olga Effig: Beruf und Menschenrecht	0,30	Protokolle unserer ersten Rechts-Jugendkonferenz	0,40
Flatow: Kommentar zum Betriebsratgesetz. Neuerte Auflage	4,00	Protokolle der gewerkschaftlichen Jugendkonferenz Kassel und Leipzig 12	0,25
Ger: Der Gottesträger. Roman a. d. Leben der erzg. Waldarbeiter (geb.)	1,75	Protokoll vom ersten Rechts-Betriebsrätekongress für den Bergbau	0,40
Graf: Wie soll man wandern?	0,30	Rechts-Knappfachgesellen	0,50
Heine: Wir weben! Politische Gedichte (geb.)	1,75	Rechts-Knappfachgesellen, seine Bedeutung	0,25
Hue: Die Bergarbeiter. Zwei Bände (Baldleinchen)	8,00	Rechts-Knappfachgesellen, was bringt es für die Bergarbeiter?	0,25
Hue: sein Leben und Wirken	0,50	Sakungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes	0,50
Hue-Photographien 17 - 24 cm	0,25	Dr. Anna Siemsen: Erziehung im Gemeindeschaftsgesell	0,40
Hue-Photographien auf Postkarten	0,05	Sinclair: König Kohl. Ein Bergarbeiterroman	1,75
Berth-Seidel: Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung	1,25	Skikowski: Sitten- und Charakterbilder der franz. Revolution (geb.)	0,75
Jahresberichte des Verbandes	0,75	Thomas: Gib meine Jugend mir zurück! Roman (gebunden)	1,00
Kalinowski: Meine Seele singt!	0,75	Wißfuß: Ohne Planwirtschaft kein Aufbau	0,40
Kampffmeyer: Frau Ebert	1,25	Zickler: Der Sprung in die Welt. Roman (gebunden)	1,25
Leitfaden für gewerkschaftliche Schulungsarbeit	0,30	Zwing: Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften	1,75
Löffler: Um Überfließen	0,50		

Bestellungen sind durch die Ortsverwaltungen zu richten an **B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42**.

Es liegt auf der Hand



dass das köstritzer Schwarzbier ein altbewährtes Nähr- und Kraftbier ist, denn obige Mengen besten Gerstenmalzes, $\frac{1}{4}$ Pfund oder rund 3300 Gerstenkrüner gehören dazu, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen.

Köstritzer Schwarzbier

sollte auf keinem Tafeltisch als tägliches Getränk fehlen.
Zu haben in allen Flaschenbierhandlungen.
Das altberühmte köstritzer Schwarzbier

ist hervorragend.

Sehr wichtig für Betriebsräte!!

Statow: Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Neueste Auflage (gebunden)	4,00
Wilhelm auf der Höllenburg: Betriebswirtschaft und Bilanzkritik. Drei Bände	1,50
Nörlpelt: Aus der Betriebsrätepraxis I-II	2,00
Protokoll vom ersten Reichs-Betriebsrätekongress für den Bergbau	0,40
	zu bezahlen durch

B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.

Die echte extra stark (Destillat) erhalten Sie zu Friedenspreisen in fast allen Apotheken und Drogerien, wo nicht beim Hersteller.
Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Mühlweg 20.
Probeflasche gratis und franco.

Gute Jugendbücher (Vorzugspreise).

Diederich: Von unten auf! Ein neues Buch der Freiheit (in Halbleinen)	2,50
Gewerkschaften und Jugendbewegung	0,30
Protokoll unserer ersten Reichs-Jugendkonferenz	0,40
Protokoll von der ersten bergmännischen Schultagung in Kassel und Leipzig je	0,30
Wissmann: Die Arbeiterversicherung	0,25
Leitfaden für gewerkschaftliche Schulungsarbeit	0,30
Die Lebensschule, Heft 5: Die Berufsschule	0,30
Die Lebensschule, Heft 8-9: Beruf und Menschlichkeit	0,30
Siemens: Erziehung im Gemeindeschaftsgesell	0,40
Graf: Wie soll man wandern?	0,30
Belli: Die rote Feldpost unter dem Sozialistengesetz (geb.)	1,25
Heine: Wir weben! Politische Gedichte (gebunden)	1,75
Bestellungen nur durch die Ortsverwaltung. -- Sofort zu bezahlen durch	
B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42	

Neu erschienen! Preis 30 Pf.

Als Bergmann auf Spitzbergen.

Reiseindrücke und Erlebnisse von Fritz Waldherr jun.

B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42

Futterale für Mitgliedsbücher

Preis 10 Pf. **B. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42**

Höhere Höhe

sind heute schwer zu erreichen. Umso mehr muß jeder Bergarbeiter darauf bedacht sein, die Kaufkraft seines Einkommens zu erhöhen, indem er sich einer großen, leistungsfähigen Konsumgenossenschaft anschließt.

In Rheinland und Westfalen bestehen seit mehr als zwanzig Jahren Konsumgenossenschaften, die sich zu achtziggebietenden Verbraucherorganisationen entwickelt haben. Diese verfügen bereits über:

Große Betriebszentralen

Modern eingerichtete Dampfbäckereien, Mühlen, Fleischereien, Räuchereien, Röstereien Weinkellereien, Warenhäuser usw.

für die einzelnen bergbaulichen Bezirke kommen besonders in Betracht:

Konsumverein »Eintracht«, Ellen:

90 000 Mitglieder 160 Verteilungsstellen

Konsumverein »Wohlfahrt«, Bochum:

42 000 Mitglieder 90 Verteilungsstellen

Konsum- und Sparverein Dortmund-Hamm, Dortmund:

50 000 Mitglieder 105 Verteilungsstellen

Rhein.-Berg. Konsumgenossenschaft »Hoffnung«, Köln:

80 000 Mitglieder 165 Verteilungsstellen

Konsumgenossenschaft »Vorwärts«, Barmen:

33 000 Mitglieder 65 Verteilungsstellen

LUHNS

das sind die guten Seifen,
wonach wir immer wieder greifen!
Am roten Band wird LUHNS*) erkannt!

*) Seit über 30 Jahren im Kohlenrevier bekannte und beliebte, solide Soester Erzeugnisse: LUHNS Wasch-Extrakt mit rotem Band, LUHNS Salmiak-Terpentin-Kernseife mit rotem Kreuzband, LUHNS Seife mit dem alten Bergmann, LUHNS Bimsstein-Seife „Abrader“ (Bims die Händ mit Abrader!) zur schnellen, gründlichen, schonenden Reinigung der Arbeitsklaud, ferner die neue, besonders empfehlenswerte ALCO, die feine Rasier-Stange der Seifenfabrik Aug. Luhn & Co. in Barmen-R.

LUHNS Seifenfabriks sind wieder in den altbekannten Läden zu haben.

Otto Hue, sein Leben und Wirken

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die Buchhandlung

H. Hansmann & Co.,
Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42.



Für Plattenlagen u. Haushälften
Holste's Bielefelder
Glanz-Stärke
ist die beste
Kunstsoße und Ergänzung
ihre Zutat
sorgt bei schlechter Haushaltung
die praktische Plattenwäsche.
Pakete: ½ Kilo, 1 Kilo, 2½ Kilo
in den meisten Geschäften.

Zu haben in den meisten Geschäften. Man verlange gratis

Sommersant

Markt „Ausgängestadt“
nach Süds. Heddendorf
Postboten einzigt. Porto
und Verpackung 4,50 Pf. Ausführl.
Preisliste über alle Arten Vogel-
futter für Söhner und Insekten-
fresser, Papagaien, Tauben, Hühner-
und Hundefutter und Zuchthühnchen
zu Diensten.

Samenhaus L. C. Rohr,
Frankfurt (Main) C. gegr. 1776